

Der Handjak muß wieder zu Ehren kommen! Alle bejseren Werte, insbesondere auch die Qualitätszeitschriften, sollte man nach den Vorschlägen, die in Danzig gemacht wurden, im Handjak herstellen. Eine dahingehende Anweisung der Deutschen Arbeitsfront, in der ja Arbeiter und Unternehmer vertreten sind, würde manchem Handwerker wieder zu einer Existenz verhelfen.

5. Vorübergehende Sperrung der Lehrlingsausbildung

Das graphische Gewerbe ist, wie schon mehrfach betont, nicht nur maschinell, sondern auch personell überlastet. Diese Tatsache erfordert eine weitgehende Sperrung des Zugangs zum Gewerbe. Die jungen Leute, die in das Gewerbe eintreten wollen, sollen die Gewissheit haben, daß ihnen das erlernte Gewerbe auch eine einigermaßen sichere Existenz bietet. Diese Gewissheit ist heute von einer großen Unsicherheit abgelöst. Tausende junge Leute werden sofort nach dem Auslernen entlassen und dadurch einem unsicheren Schicksal ausgeliefert. Diese Maßnahmen liegen nicht nur im Interesse der Arbeiter, sondern auch der Unternehmer, es sei denn, daß ein Teil der sogenannten kleinen Unternehmer den Lehrling als billige Arbeitskraft und weniger als einen Menschen betrachtet, der gewissenhaft ausgebildet werden muß.

Daneben sind für die Zukunft strengere Vorschriften für die Lehrlingshaltung und Ausbildung zu treffen. Nicht nur die betrieblichen Verhältnisse, sondern auch die persönlichen Eigenschaften des Lehrlings müssen sorgfältiger geprüft werden.

6. Begrenzung der Maschinenarbeit

Die als Notmaßnahme gedachte Zurückführung der Arbeitszeit auf fünf Tage oder 40 Wochenstunden soll für alle Maschinenarbeiter als Dauerzustand erhalten bleiben. Insbesondere gilt das für Sechsmaschinen, Rotationsmaschinen, Schnellpressen, Tiegeldruckpressen, Tiefdruck- und Offsetmaschinen. Der lohnliche Ausgleich ist hier nach dem Vorbild der Maschinenjäger festzulegen.

Diese Regelung erscheint notwendig als Ausgleich der erhöhten Arbeitsergebnisse an Maschinen- und als vorbeugende Gesundheitsmaßnahmen. Der Vorteil der Maschinenarbeit soll gleichermaßen der Allgemeinheit, dem Unternehmer, aber auch dem an der Maschine beschäftigten Arbeiter zugute kommen.

In allen Betrieben ist die Bedienung der Maschinen (Schnell- und Tiegeldruckpressen, Rotationsmaschinen) in Einklang mit den tariflichen Bestimmungen zu bringen.

7. Beschränkung der Kniebetriebe, der Gefängnis- und Klosterdruckereien

Zu keinem Gebiete, wird es wohl eine solche Übereinstimmung mit den Unternehmernforderungen und -wünschen geben wie hier. Es ist Tatsache, daß die in amtlichem oder halbamtlichem Besitz befindlichen Betriebe das freie Gewerbe schwer schädigen. Betriebe, die im Interesse des Staates unbedingt notwendig sind (z. B. Reichsdruckerei) fallen nicht unter dieser Forderung.

Das Aufgabengebiet der Gefängnisdruckereien muß auf solche Arbeiten beschränkt bleiben, die man sonst nicht vergeben würde, und die mehr dem Hausgebrauch dieser Institute dienen. In keinem Falle darf dem freien Arbeitsmarkt ein Auftrag durch die Gefängnisdruckereien entzogen werden. Gleiches gilt auch für Buchbindereiabteilungen.

Für die Klosterdruckereien sind die gleichen Forderungen zu erheben. Eine geschäftliche Betätigung, also eine Entziehung von Aufträgen durch sie, die sonst im freien Wettbewerb vergeben worden wären, muß ausgeschlossen sein.

8. Unterbindung der Schmutzkonzurrenz, Schaffung und Durchsetzung gesunder Preisverhältnisse im graphischen Gewerbe

Eine wirksame Bekämpfung der Schmutzkonzurrenz läßt sich leichter durchführen, wenn auch alle Arbeitnehmer für diesen Kampf interessiert werden. Bisher haben die Unternehmer das Preisgebiet als ihre alleinige Aufgabe an. Das war verkehrt und muß in der Deutschen Arbeitsfront aufhören. Die Schmutzkonzurrenz schädigt nicht nur die isolierten Betriebe, sondern drückt auch die tariflichen Löhne und die sonstigen Arbeitsverhältnisse. Ein selbstbewußter Arbeiter wird also schon aus eigenem Interesse heraus für auskömmliche Preise eintreten.

Was auf diesem Gebiete die Unternehmerverbände, vor allem der DGB, planen, wird immer unsere Unterstützung finden, sofern die Maßnahmen nicht gegen das Lebensrecht der Arbeiter verstoßen. Leider müssen wir betonen, daß Erfolge auf diesem Gebiete bisher nicht zu bemerken sind. Notwendig zur Durchsetzung gesunder Preisverhältnisse ist die gründliche Überholung der einzelnen Preispositionen unter verantwortlicher Mitarbeit der Arbeiter. Es hat gar keinen Zweck, einen Tarif aufzustellen, der Nachlässe bis zu 50 Proz. gestattet. Dabei muß der Besteller immer die Auffassung haben, daß hier etwas nicht in Ordnung sein könne.

Wer gegen gesunde Preise verstoßt, gegen den muß und wird wohl auch die Deutsche Arbeitsfront mit drakonischen Maßnahmen vorgehen. Wer Schmutzkonzurrenz treibt, ist ein Schädling des Gewerbes und damit der Volksgemeinschaft. Er verdient die gleiche Behandlung wie ein Arbeiter, der seinen übrigen Volksgenossen durch untarifliche Löhne in den Rücken fällt.

Die vorstehenden Forderungen und Vorschläge sind von dem ersten Willen diktiert, auch den arbeitslosen Menschen im graphischen Gewerbe wieder die Hoffnung zu geben, ihr Brot mit eigener Kraft zu verdienen. Manche Widerstände, die der Verwirklichung dieser Forderungen früher im Wege standen, sind heute ausgeräumt.

Es ist selbstverständlich, daß bei den Neueinstellungen in erster Linie bei gleicher sachlicher Eignung die bewährten und verdienten Kämpfer der nationalen Bewegung bevorzugt werden. In zweiter Linie kommen die Kriegsteilnehmer und die Verbeirateten, bei denen wieder die vorhandene Kinderzahl den Vorrang bestimmt.

Die Verkürzung der Arbeitszeit auferlegt den Arbeitern, die ohnehin schon seit Jahren Woche für Woche zur Unterdrückung der arbeitslosen und inaktiven Verbandsmitglieder große Opfer bringen, erneut schwere Opfer. Diese Opfer sind kaum noch zu tragen. Was in kleinerem Maße aber können sie getragen werden von jenen, die neben der Ehefrau noch Kinder zu ernähren haben. Deswegen entpuppt es sich ganz dem Sinne der Bevölkerungspolitik unseres Führers, wenn alle Unternehmer sich freiwillig bereit erklären würden, den Ausgleich auf die Weise vorzunehmen, daß sie bis zur bevorstehenden gesetzlichen Regelung für kinderreiche Familien Kinderzulagen gewähren. Es wäre schon eine merkwürdige Hilfe, wenn man für jedes schulpflichtige Kind wöchentlich 2 RM. zahlen würde. Die Berechtigung einer solchen Forderung wird niemand abstreiten.

Die maßgebendste Unternehmerorganisation, der DGB, tritt in acht Tagen zu seiner diesjährigen Hauptversammlung zusammen. Wir hoffen, daß diese Tagung die Vorschläge mit jenem Ernst und der Bereitwilligkeit, sie zu verwirklichen, prüft, wie es heute notwendig erscheint. Geschieht das, dann sind wir ein gutes Stück auf dem Wege zur deutschen Volksgemeinschaft weitergekommen.

1933 ist in seiner Ganzheit mehr als ein Arbeitsbeschaffungsprogramm, es ist ein Gesetz zur Verminderung der Arbeitslosigkeit. Es wird hier nicht nur für vorübergehend Arbeit geschaffen, sondern für dauernd die Arbeitslosigkeit vermindert. Das gilt von der Überführung weiblicher Arbeitskräfte in den Hausgehilfenberuf, und das gilt von der Überführung weiblicher Arbeitskräfte in den Hausfrauenberuf. Es handelt sich nicht um ein künstliches Mittel zur Verminderung der Arbeitslosigkeit, sondern um eine dauernde arbeitsmarktpolitische und bevölkerungspolitische Umschichtung unserer deutschen Frauen.

Um nicht nur eine vorübergehende, sondern dauernde Verminderung der Arbeitslosigkeit handelt es sich auch bei den 200 000 Mann, die durch die vermehrten Eheschließungen für dauernd Arbeit in der Möbelindustrie, Hausgeräteindustrie usw. finden. Das gilt in hohem Maße auch von denjenigen Volksgenossen, die in Auswirkung des Gesetzes vom 1. Juni 1933 gegenwärtig in der Maschinenindustrie, in der Bauwirtschaft und unmittelbar und mittelbar in anderen Wirtschaftszweigen Arbeit finden; denn durch die Gesamtheit aller Maßnahmen wird der Motor der Wirtschaft so in Gang gebracht werden, daß er im Gang bleiben und diejenigen Volksgenossen, die in Auswirkung des Gesetzes vom 1. Juni 1933 Arbeit finden, in Arbeit erhalten wird.

Wie das Gesetz zur Förderung der Eheschließungen bereits wirkt, erleben wir aus einem Aufsatz „Der Möbelabsatz“ im letzten Wochenbericht des Instituts für Konjunkturforschung vom 23. August. Danach ist die Zahl der Eheschließungen und auch die Zahl der Beschäftigten in der Möbelindustrie im zweiten Vierteljahr 1933 bereits um rund 50 v. H. höher gewesen als im ersten Vierteljahr 1933. Die Zahl der in der Möbelindustrie und in der Hausgeräteindustrie Beschäftigten wird in den nächsten Wochen und Monaten noch weiter bedeutend steigen und wahrscheinlich das Doppelte und Dreifache der Beschäftigtenziffern des ersten Vierteljahres 1933 erreichen.

Das Gesetz über Förderung der Eheschließungen wurde durch Verordnung vom 22. August 1933 auch auf solche Volksgenossen und Volksgenossinnen ausgedehnt, die beim Inkrafttreten des Gesetzes, am 3. Juni 1933, bereits verheiratet waren, und zwar auf solche, die in der Zeit vom 1. Juni 1932 bis 2. Juni 1933 geheiratet haben. Auch diesen Volksgenossen und Volksgenossinnen kann auf ihren Antrag ein Ehestandsdarlehen gewährt werden, wenn die Ehefrau in der Zeit zwischen dem 1. Juni 1928 und 31. Mai 1933 mindestens sechs Monate lang in einem Arbeitnehmerverhältnis gestanden hat. Den bisherigen Bestimmungen gemäß wurde ein Ehestandsdarlehen nicht gewährt, wenn die Beschäftigung der Ehefrau oder künftigen Ehefrau eine solche im Haushalt oder Betrieb von Verwandten aufsteiger Linie war. Durch die Verordnung vom 22. August 1933 ist diese Bestimmung beseitigt worden. Es kann nunmehr ein Ehestandsdarlehen auch dann beantragt werden, wenn die Ehefrau oder künftige Ehefrau im Haushalt oder Betrieb von Verwandten aufsteiger Linie gestanden hat und infolge der Aufgabe dieses Arbeitnehmerverhältnisses die Einstellung einer fremden Arbeitskraft nachweislich erfolgt ist.

Von Bedeutung ist auch das Gesetz über Steuererleichterungen vom 15. Juli 1933. Nach § 1 dieses Gesetzes wird Steuerermäßigung für Instandsetzungen und Ergänzungen an Betriebsgebäuden gewährt, jedoch nicht ohne weiteres, sondern nur dann, wenn die Lohnsumme, die der Unternehmer im gegenwärtigen Jahr in seinem Betrieb aufwendet, über die Lohnsumme des vorigen Jahres hinausgeht. Es soll durch diese Maßnahme zweierlei erreicht werden: Der Unternehmer soll seine Belegschaft vergrößern und dadurch die Lohnsumme seines Betriebes erhöhen, und er soll Aufträge auf Instandsetzung und Ergänzung seiner Betriebsgebäude vergeben. Als Belohnung dafür ermäßigt sich seine Einkommensteuer und Körperschaftsteuer um 10 v. H. des Betrages für Instandsetzungen und Ergänzungen. Das Gesetz über Steuererleichterungen vom 15. Juli 1933 sieht außerdem Steuerfreiheit für einmalige Zuwendungen an Arbeitnehmer vor, wenn solche bis zum 31. Dezember 1933 in Form von Bedarfsbedeckungsscheinen erfolgen, und Steuerfreiheit für neue Unternehmungen, wenn für die neue Unternehmung ein überragendes Bedürfnis der gesamten deutschen Volkswirtschaft anerkannt wird.

Die Arbeitslosenziffer ist in den früheren Jahren im Winter regelmäßig stark gestiegen, weil in den Außenberufen Volksgenossen frei wurden, denen nicht in den Innenberufen eine entsprechende Zunahme gegenüberstand. Die Zunahme der Arbeitslosenziffer betrug im vorigen Jahr von September bis Januar rund eine Million. Im bevorstehenden Winter ist die Gefahr des Wiederansteigens der Arbeitslosenziffer nicht so groß wie in früheren Jahren, weil in den nächsten Wochen und Monaten die Belegschaftsziffern in den Innenberufen noch sehr erheblich steigen und den durch die Jahreszeit bedingten Rückgang in den Außenberufen ganz oder teilweise ausgleichen werden.

Es werden in den Wintermonaten nicht nur die Gesetze vom 1. Juni und 15. Juli auf den Arbeitsmarkt gütig wirken, sondern auch die Mittel aus dem Aufkommen an freiwilliger Spende zur Förderung der nationalen Arbeit in den Kampf gegen die Arbeitslosigkeit eingesetzt werden. Das Aufkommen an freiwilliger Spende zur Förderung der nationalen Arbeit hatte bis zum 20. August 34,3 Millionen Reichsmark erreicht und wird bis Ende August rund 40 Millionen RM. erreichen. Das ganze deutsche Volk in allen seinen Ständen nimmt an dieser Arbeitspende lebhaften Anteil und hilft dadurch mit, dem jahreszeitlichen Wiederansteigen der Arbeitslosenziffer im kommenden Winter entgegenzuwirken. Es spenden Arbeitnehmer und Arbeitgeber, Verbände, Vereine, Gemeinden und sonstige

Der Angriff auf die Arbeitslosigkeit

In einer Nietenkundgebung der NSD. im Stadion zu Frankfurt a. M. am 27. August hielt Staatssekretär Reinhardt aus dem Reichsfinanzministerium eine grundlegende Rede über den Angriff auf die Arbeitslosigkeit. Er wies einleitend darauf hin, daß das neue Deutschland im Zeichen der Verminderung der Arbeitslosigkeit stehe. Alle Maßnahmen sind darauf abgestellt, die Nachfrage nach Gütern und Leistungen und damit zwangsläufig nach Arbeit zu erhöhen. Darüber, daß riesengroßer Bedarf an Gütern und Leistungen vorhanden ist, besteht kein Zweifel, es kommt nur darauf an, daß dieser Bedarf zu Nachfrage und die Nachfrage zu Arbeit führt. In dieier natürlichen Entwicklung hat es im Parteienstaat gefehlt, weil dieser Parteienstaat als solcher nicht die elementarsten Voraussetzungen in sich barg, deren es zu einer solchen natürlichen Entwicklung bedarf, sondern alle seine Maßnahmen sich im Gegenteil in entgegengesetzter Richtung bewegten.

Die erste Maßnahme ist in dem Kraftfahrzeuggesetz vom 10. April 1933 enthalten. Danach sind jegliche Personenkraftwagen und jegliche Personenkraftwagen, die nach dem 31. März 1933 erstmalig zugelassen wurden, kraftfahrzeugsteuerfrei. Die Stückzahl der in Deutschland erzeugten Kraftwagen war von 1928 bis 1932 auf ein Drittel gesunken. Demzufolge war auch die Zahl der Arbeiter und Angestellten in der Kraftfahrzeugindustrie auf ein Drittel gesunken. In Auswirkung der Kraftfahrzeugsteuerfreiheit ist die Stückzahl der in Deutschland erzeugten Kraftwagen im ersten Halbjahr 1933 doppelt so groß gewesen wie im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Demzufolge

hat sich die Zahl der Arbeiter und Angestellten in der Kraftfahrzeugindustrie verdoppelt. Diese betrug im ersten Halbjahr 1932 30 000 und im ersten Halbjahr 1933 60 000. Eine weitere bedeutende Belebung der Kraftfahrzeugindustrie wird in den nächsten Jahren eintreten in Verbindung der großzügigen Pläne des Führers aus dem Gebiet des Kraftwagenverkehrs: Senkung der Versicherungsprämien und der Garagemieten, Bau von Autobahnen und sonstige Maßnahmen werden den Kraftwagenverkehr und die Kraftfahrzeugindustrie zu gewaltigem Aufschwung führen. Diese Tatsache und der nach den Richtlinien des Führers erfolgende Bau von Autobahnen werden zu weiterer Nachfrage nach Arbeitskräften und somit zu weiterer Entlastung des Arbeitsmarktes führen.

Den bisher größten Angriff gegen die Arbeitslosigkeit bedeutet das Gesetz zur Verminderung der Arbeitslosigkeit vom 1. Juni 1933. Die Arbeiter, die in Durchführung des Gesetzes vom 1. Juni 1933 in den nächsten Wochen und Monaten erst in Angriff genommen werden, werden ein Vielfaches derjenigen Arbeiten betragen, die bis heute bereits in Angriff genommen sind. Bei der Bewilligung von Arbeiten werden, soweit es sich nicht um Instandsetzung und Ergänzungen handelt, solche Arbeiten bevorzugt, durch die Arbeitsplätze und volkswirtschaftliche Möglichkeiten auf die Dauer geschaffen werden.

Es ist Unfals, wenn das Gesetz vom 1. Juni 1933 als Arbeitsbeschaffungsprogramm bezeichnet wird, das sich jedes Arbeitsbeschaffungsprogramm nur bestimmt sei, als sogenannte Initialzündung zu dienen. Das Gesetz vom 1. Juni

Öffentliche Körperschaften. Millionen von Arbeitnehmern haben ihren Arbeitgeber gebeten, bis zum März 1934 einen Hunderttag ihres Lohnes oder Gehaltes als freiwillige Spende zur Förderung der nationalen Arbeit an das Finanzamt abzuführen. Unzählige Kriegsbeschädigte und sonstige Verjüngungsbedürftige haben die entsprechende Bitte an ihr Verjüngungsamt gerichtet. Die Unternehmer führen für ihr Unternehmen als solches große Summen als freiwillige Spende zur Förderung der nationalen Arbeit ab. Nationalsozialistische Ortsgruppen leisten 1000 und mehr Reichsmark als freiwillige Spende zur Förderung der nationalen Arbeit. Verbände und Vereine geben einen Teil ihrer Verbands- oder Vereinsvermögen als freiwillige Spende zur Förderung der nationalen Arbeit. Viele Vereine führen Veranstaltungen durch, deren Reinertrag sie als freiwillige Spende zur Förderung der nationalen Arbeit dem Finanzamt überweisen. Gemeinden führen Sammlungen durch und leisten das Ergebnis der Sammlung als freiwillige Spende zur Förderung der nationalen Arbeit an das Finanzamt weiter.

Es ist erfreulich, zu beobachten, wie das ganze deutsche Volk in allen seinen Schichten auch von sich aus durch eigene Maßnahmen an dem Kampf zur Verminderung der Arbeitslosigkeit teilnimmt. Das ist die Folge des politischen Geschehens, das in der Ablösung des Parteienstaates durch den Adolf-Hitler-Staat beruht, und die Folge der wirtschaftlichen Maßnahmen, die unter Führung Adolf Hitlers im neuen Staat verordnet und durchgeführt werden.

Die Unternehmungen sind nicht mehr so zurückhaltend wie früher in der Vergabe von Aufträgen, weil sie davon überzeugt sind, daß es nunmehr in Deutschland aufwärts geht. Die einen vergeben Aufträge, die anderen erhöhen ihre Belegschaften, alle wirken zusammen, die Arbeit zu vermehren und die Arbeitslosigkeit zu vermindern. Die einen ersehen ihre verheirateten Arbeitnehmerinnen durch deren erwerbslose Männer, die anderen gewähren ihren unverheirateten Arbeitnehmerinnen und unverheirateten Arbeitnehmern Heiratsbeihilfen, wenn sie in absehbarer Zeit heiraten und dadurch unmittelbar den Arbeitsmarkt entlasten.

Wir werden der Geißel der Arbeitslosigkeit Herr werden, wenn alle Volksgenossen und Volksgenossinnen, dem Geist wahrer Volksgemeinschaft entsprechend, sich in der Richtung, die Adolf Hitler angegeben hat, zu einheitlichem Denken und Handeln zusammenfinden, und wenn alle Volksgenossen und Volksgenossinnen ihr eigenes Ich den Belangen des Volksganges und somit den Interessen der Nation unterordnen. Der Kampf um die Verminderung der Arbeitslosigkeit ist ein Ausschnitt aus unserem großen Kampf um das Lebensrecht der Nation. Nationalsozialismus in seiner letzten Schlussfolgerung ist Kampf um das Lebensrecht der Nation. In diesem Kampf gibt es, und das ist der wahre Sinn des Nationalsozialismus, nicht Opfer, sondern nur Pflicht, Pflicht und immer nur Pflicht!

Das Nürnberger Reichstreffen

Im Mittelpunkt unseres politischen Lebens steht in diesen Tagen das große Reichstreffen des deutschen Volkes in Nürnberg, der erste Parteitag nach dem Sieg der nationalsozialistischen Revolution. Wie war es doch damals, 1926, als Adolf Hitler unter mühevollsten Kämpfen die zerschlagene Organisation der nationalsozialistischen Bewegung wieder aufgebaut hatte, neuen Mut in die Herzen seiner Anhänger und Mittkämpfer gepflanzt hatte? Es war ein tiefes Erlebnis, als die alten Kämpfer zum ersten Male wieder in geschlossenen Formationen durch die Straßen von Weimar marschierten, um ihrem Führer erneut Treue zu geloben. Ein tiefes Erlebnis besonders für den Kämpfer, der auf einsamen Posten stand, verläßt, verspottet und um unbändigem Haß verfolgt. Gerade ihm wurde der Mut gestärkt, weiter auszuharren und weiterzukämpfen für die Idee Adolf Hitlers, denn er wußte, daß er doch nicht so allein stand, daß überall im Reich Männer aufgestanden waren, die als Kinder der neuen Lehre die verführten Volksgenossen wieder zum Glauben an Deutschland erziehen wollten.

Wieder kam ein Jahr des Kampfes, des Opfers, des Ringens um die deutsche Seele. Als 1927 in Nürnberg der Parteitag stattfand, da waren es schon über 40 000 SA-Männer, die durch die Straßen zogen, die die Menschen begeisterten. Ganz Nürnberg stand damals schon unter dem Zeichen des Hakenkreuzes. Und die alten Kämpfer, die dann wieder in ihre Heimat kamen, die konnten den aufstrebenden Volksgenossen erzählen, wie in einer alten deutschen Stadt der Nationalsozialismus der Bevölkerung das Gepräge gab.

Allmählich erkannte der Marxismus, daß die junge aufstrebende Bewegung der Totfeind des Marxismus war. Mit allen Mitteln versuchte man in den kommenden Jahren, die immer mehr aufstrebende Bewegung niederzuknüllen durch Terror, Verfolgungen und Verbote. Aber die Kämpfer ließen nicht locker, immer erneut fundeten sie von der neuen Lehre mit der Gewißheit im Herzen, daß einst der Tag kommen würde, an dem das siegreiche Hakenkreuzbanner als Symbol des neuen Reiches galt.

1929 war es wieder Nürnberg, in dem der große Aufmarsch der braunen Bataillone stattfand. Zum ersten Male forderte auch das Ausland auf, als die Riefenkolonnen der braunen Bataillone durch die Straßen Nürnbergs zogen. Zum ersten Male brachten ausländische Zeitungen große Berichte über den neuen Geist, der die nationalsozialistischen Kämpfer befeuerte.

Nun richten sich wieder alle Augen nach Nürnberg. In diesen Tagen findet zum ersten Male nach der siegreichen Revolution des Nationalsozialismus ein Reichstag des gesamten deutschen Volkes in den ehrwürdigen Mauern der alten deutschen Stadt statt. In noch nie gesehenem Ausmaße unter Anteilnahme der gesamten deutschen Bevölkerung und auch unter größter Anteilnahme der ganzen Welt treten die Mannen Adolf Hitlers in Nürnberg an. Über 400 000 Kämpfer werden aus allen Teilen des Deutschen Reiches nach Nürnberg kommen, um der Welt die grandiose Darstellung des neuen Deutschen Reiches vor Augen zu führen. Alle Gliederungen des großen Apparates der Partei werden ihre Abordnungen hinschicken. In großen Tagungen werden neue grundsätzliche Forderungen für den Aufbau unseres Reiches aufgestellt werden. Die Presse, Propaganda, die Juristen, Ärzte, Landwirte und Lehrer, die NSD, und die Kriegsooper, die Adhiliteten und Ingenieure, die Auslandsdeutschen werden in Sondertagungen die großen Fragen durchsprechen und neue Richtlinien festlegen.

Den Höhepunkt des Parteitages bildet am Sonntag die Riefenlunggebung auf dem Luitpoldplatz, wo den einzelnen SA-Formationen die neuen Standards durch Adolf Hitler übergeben werden. Wieder wie an den vorhergehenden Parteitagen findet ein großer Vorbeimarsch vor dem Führer statt, mit dem die SA-Männer in eiserner Geschlossenheit und Disziplin der Welt gezeigt werden, welche ungeheure Energie, welche ungeheurer Opferinn und welche einheitlicher Wille in ihren Reihen stecken. Und die Welt wird am Tage nach dem Parteitage wissen, daß der Nationalsozialismus das ganze deutsche Volk durchdrungen hat, daß er eins mit ihm geworden und ein neues Deutschland erstanden ist.

Zweimal Note Internationale

In Brüssel sammelten sich vor kurzem die Vertreter der Gewerkschaftsinternationale, um zu beraten, wie man sich ohne die deutschen Arbeiter noch am Aude halten könne. In Paris trat die 2. Internationale zusammen und unterhielt sich über die Erfolge des Marxismus in Deutschland.

Wenn wir von diesen Zusammenkünften überhaupt Notiz nehmen, so wirklich nicht deshalb, weil die Redereien der emigrierten Parteimenschen etwa irgendeine besondere Be-

deutung haben. Wir registrieren diese Vorgänge lediglich, um den Arbeitern zu zeigen, welcher Sorte von Menschen sie ahnungslos jahrzehntlang nachgelaufen sind.

In der Gewerkschaftsinternationale sind sie ganz von den bisherigen Gepflogenheiten abgerückt. Früher haben sie sich wenigstens platonisch mit Fragen beschäftigt, die speziell für den Arbeiter von Bedeutung waren. Sie redeten von Sozialpolitik, Lohnpolitik, Arbeitszeit usw. In Brüssel sprachen sie diesmal nur davon, wie man den Faschismus klein kriegen könnte. Angetan hat's ihnen der Umsturz in Deutschland. Sie meinen also den Nationalsozialismus, wenn sie lügenhafterweise Faschismus sagen.

Man merkt ihrem ganzen Gehabe an, wie ihnen der Schred in die Glieder gefahren ist. Und man darf den Schluß ziehen, daß es ihnen nicht um den deutschen Arbeiter zu tun ist. Wäre es wirklich so, dann sind sie wahrhaftig um einige Kolbstunden zu spät gekommen. Sie hätten die für die deutsche Arbeiterchaft so entzehligen Jahre der Reparationen um vieles mindern können, wenn sie in ihren Ländern ihre gewerkschaftssekretarischen Einflüsse gegen die verderbliche Reparationspolitik in die Waagschale geworfen hätten. Sie haben es nicht getan, entweder weil sie im Interesse ihrer eigenen Volksgenossen auf das aus den deutschen Arbeitern herausgequetschte Sündenqueld nicht verzichten wollten, oder aber deshalb, weil sie zu einflusslos waren, um sich bei ihren Regierungen durchzusetzen.

Der deutsche Arbeiter hat daraus keine Folgerungen längst gezogen. Ist das erstere richtig, dann fehlt den Herrschaften jede moralische Berechtigung, sich um den deutschen Arbeiter zu kümmern; stimmt aber das zweite — dann lagen wir, wie soll der Schwache dem Starcken helfen? Und wir wissen ja schließlich auch, daß die Gewerkschaftsinternationale seit dem Ausscheiden der Deutschen jede Bedeutung verloren hat, sofern sie überhaupt jemals eine besaß.

Deshalb empört sich die deutsche Arbeiterchaft auch nicht im geringsten über den Votontschluß der internationalen Gewerkschaftssekretäre, den sie über deutsche Waren gefaßt haben. Aber sie nimmt Kenntnis von der niedrigen Gesinnung dieser sonderbaren Arbeitervertreter, die nichts Dümmeres zu tun wissen, als die angeblich arbeitserfindliche Regierung Hitlers dadurch zu bekämpfen, daß sie den Arbeiter brotlos machen wollen. Übrigens kann die deutsche Arbeiterchaft ruhig den nicht mehr fernen Zeitpunkt abwarten, an dem auch in anderen Ländern die marxistischen Arbeitervertreter genau so zum Teufel gejagt werden wie in Deutschland.

Auf dem Kongreß der 2. Internationale in Paris hat es moralische Ohrfeigen gegeben, sofern man bei Marxisten von Moral überhaupt sprechen kann. Da wurden an die ehemaligen deutschen Marxistenführer W e i s, S t a m p f e r, an den ewigen Außenministerkandidaten B r e i t s c h e i d, an den Inflationen-Schlitzhals ein paar sehr unangenehme Fragen gestellt. Man wollte von ihnen wissen: ob sie dem Nationalsozialismus nicht einen viel härteren Widerstand hätten leisten können. Man fragte sie ferner, ob sie nicht die Erfahrung gemacht hätten, daß die Zusammenarbeit mit den bürgerlichen Parteien zu verurteilen sei.

Diese zweite Frage hat keine Antwort gefunden. Wir in Deutschland haben einen guten Spruch für solche Angelegenheiten: Keine Antwort ist auch eine Antwort! Wir wissen Bescheid.

Die erste Frage beantwortete der frühere „Vorwärts“-Redakteur S t a m p f e r. Der sonst so redengewaltige Mann blamierte sich nach allen Regeln der Kunst. Er sagte, bei dem Staatsstreik, als Vapen die preußische Regierung stürzte, hätten sich die Kommunisten mit den Nationalsozialisten verbündet (ausgerechnet!), und gegen die Polizei und die Reichswehr hätte Nichts ausgerichtet werden können. Man traut seinen eigenen Ohren nicht mehr. Was hat doch gerade der „Vorwärts“ für ein Getöse gemacht von der „Eisernen Front“, von den Hammerchaften, von Generalstreik usw. Ach ja, man überlegte sich das doch ein bißchen, denn die Reichswehr hatte Gewehre, und schließlich hätte sie am Ende gar noch geschossen, das war doch reichlich gefährlich; da war es immerhin viel ungefährlicher, unbewaffnete SA aus dem Hinterhalt niederzuknallen.

Mehr braucht man von diesen danongelaufenen „Seiden“ nicht zu sagen. Wenn es noch einen anständigen Arbeiter gibt, der solchen Burschen eine Träne nachweint, so ist bei dem Hopfen und Malz verloren.

Kaufen oder Sparen?

Für den Teil unseres Einkommens, dessen Verwendung nicht zwangsläufig festliegt, müssen wir uns immer wieder entscheiden, ob wir dieses Geld ausgeben oder sparen sollen. Unser Einkuß wird beeinflusst durch unsere Wünsche und durch Kessame oder andere Anpreisungen der Unternehmungen. Bedürfnisse, deren Befriedigung erzieht wird, hat fast jeder Mensch. Deshalb ist er geneigt zu kaufen, wobei wir nicht nur an Waren, sondern auch an Kinobesuch usw. denken. Zugleich hat die Mehrzahl der Menschen den Wunsch, über einen Notspennig oder darüber hinaus über eine Altersversorgung zu verfügen. Daraus ergibt sich ein Anreiz, einen Teil des Einkommens nicht zu verbrauchen, sondern zu sparen. Die Entscheidung, ob wir kaufen oder sparen, wird stark beeinflusst von der Höhe des Einkommens, denn im allgemeinen wächst die Sparkraft bei steigendem Einkommen. Großen Einfluß hat auch die Veranlagung der Menschen, die zwischen Geiz und Verschwendung pendelt. Da beide Eigenschaften als Untugenden gewertet werden, empfindet das Volk übermäßiges Sparen als ebenso falsch wie übermäßiges Kaufen. Obgleich dabei keine volkswirtschaftlichen Erwägungen zugrunde liegen, trifft der gesunde Menschenverstand auch hier das wirtschaftlich Richtige.

Anordnung der Verbandsleitung

Zur organisatorischen Vereinfachung der beruflichen Bildungsarbeit innerhalb des Deutschen Arbeiterverbandes des graphischen Gewerbes und zum geregelten Fachzeitschriftenbezug, ergeht folgende für alle Verbandsmitglieder verbindliche Anordnung:

1. Alle Verbandsmitglieder gehören gleichzeitig ihrer engeren Berufsparie an. Der Deutsche Arbeiterverband des graphischen Gewerbes umfaßt folgende vier Fachschaften: Buchdrucker, Lithographen-Steindrucker, Buchbinder und Hilfsarbeiter. Diese Fachschaften setzen sich wiederum aus einzelnen Sparten zusammen, so z. B. in der Buchdrucker-Fachschaft aus Handsetzern, Druckern usw. Es ist Pflicht aller Spartenangehörigen, an den Veranstaltungen der Berufsparie teilzunehmen.
2. Die bislang erhobenen Spartenbeiträge fallen ab 1. Oktober 1933 fort. Es ist Pflicht aller Verbandsmitglieder, dafür die für sie in Frage kommende Fachzeitschrift (Graphische Nachrichten, Der graphische Betrieb, Graphische Technik) zu beziehen.
3. Der Bezug dieser Fachzeitschriften hat im Obligatorium über die Verbandsortsverbände zu erfolgen, die ihrerseits zur Bedung des Bezugspreises dafür Zuschlag zum Ortsbeitrag erheben. Dieser Zuschlag muß so bemessen sein, daß auch vorwärtsstrebende arbeitslose Verbandsmitglieder beliefert werden können.

Ab 1. Oktober beträgt der Bezugspreis für alle drei Fachzeitschriften im Obligatorium einheitlich je 1,80 RM. im Vierteljahr, 0,60 RM. im Monat.

4. Die Verbandsortsleitungen haben der Leitung der Fachzeitschriften, Berlin SW 61, Dreibundstraße 5, bis spätestens 20. September 1933 anzugeben, welche Stückzahl der genannten Fachzeitschriften für ihren Ort benötigt wird und an welche Sammeladresse der Verband zu erfolgen hat. Veränderungen in der erforderlichen Stückzahl sind jeweils bis zum 20. d. M. für den folgenden Monat zu melden.

Um der beruflichen Bildungsarbeit einen umfassenden Auftrieb zu geben und ihre Wirkung zu steigern, werden alle Verbandsmitglieder verpflichtet, diese Anordnungen strikte zu befolgen.

Der Verbandsleiter:
Heinrich Becker.

Die bisherigen Spartenbeiträge sind bis einschließlich Monat September zu zahlen. Ab 1. Oktober erheben die Verbandsortsvereine zur Bedung der Unkosten für die Fachzeitschriften und der örtlichen Bildungsarbeit einen Zuschlag zum Ortsbeitrag von allen Mitgliedern.

Wie müssen wir unsere Frage wirtschaftlich beantworten? Als Verbraucher werden wir täglich mit den Mitteln der modernen Keffame aufgefordert, zu kaufen. Zugleich verlangt man von uns, daß wir sparen sollen, damit die Kreditbedürfnisse der Wirtschaft befriedigt werden können, und die Leistungsfähigkeit des Kapitalmarktes wächst. Was sollen wir tun, damit wir wirtschaftlich richtig handeln und zur Verminderung der Arbeitslosigkeit beitragen, kaufen oder sparen?

Da wir in einer Wirtschaft leben, die ein kompliziertes Gewebe von Kaufbeziehungen ist, leuchtet die Richtigkeit der Ansicht ein, die uns mit dem Hinweis auf die Arbeitsbeschaffung zum Kaufen anregen will. Durch das Geld, das wir beim Einkauf hingeben, erhalten die Verkäufer und Erzeuger Kaufkraft, so daß auch sie kaufen und mit ihrer Nachfrage für Beschäftigung von Arbeitskräften sorgen können. Aber so einfach funktioniert der wirtschaftliche Kreislauf nicht. Wieviel wir kaufen können, hängt entscheidend von unserer eigenen Kaufkraft ab. Da das jeder einzelne bei sich selbst feststellen kann, seine Kaufkraft aber von der Kaufkraft der anderen abhängt, führt die Kaufparole allein nicht zu dem von uns gewünschten Ziel.

Es genügt nämlich nicht, wenn nur die Waren gekauft werden, die dem Verbrauch dienen. Davon erhalten die Menschen, die z. B. große Elektro-Zurbinen herstellen, keine Arbeit und Kaufkraft. Derartige Erzeugnisse und was dazu gehört, kosten soviel Geld, daß es den Stellen, die sie kaufen, in den meisten Fällen nicht möglich ist, den Betrag aus eigener Kraft aufzubringen. Deshalb erfolgt die Bezahlung mit geborgtem Gelde, das von den Sparern zur Verfügung gestellt wird. Daraus ergibt sich, daß auch mit dem gesparten Gelde gekauft wird. Aber nicht der Sparer gibt es aus,

sondern die Stelle, die das Geld in irgendeiner Form (Hypothek, Anleihe usw.) borgt. Die Tatsache, daß ich spare, aber ein anderer das von mir gesparte Geld ausgibt, ist für die Wirtschaft sehr wichtig. Es findet dadurch eine ganz andere Verwendung des Geldes statt. Während wir selbst wahrscheinlich irgendwelche Verbrauchsgüter gekauft oder eine Reise gemacht hätten, kaufen unsere Ersparnisse Produktionsgüter. Durch das Sparen und die Anlage der Ersparnisse in Produktionsstätten erhalten also die Menschen Arbeit und Brot, die in Maschinenfabriken, Bauunternehmungen und ähnlichen Kapitalgüterindustrien tätig sind.

In einer Wirtschaft, die sich im Gleichgewicht befindet, sind sowohl diejenigen Wirtschaftszweige, die Verbrauchsgüter herstellen, als auch die Produktionsmittelindustrien ausreichend beschäftigt. Daraus ergibt sich als Antwort auf unsere Frage, daß wir uns nicht einseitig für Kaufen oder Sparen entscheiden dürfen, sondern die Antwort heißt: Wieviel soll ich sparen, damit ich wirtschaftlich richtig handle? Geben wir offen zu, daß sich diese Frage nicht genau beantworten läßt. Verschiedene Anzeichen sagen uns aber, ob eine Zunahme der Spartätigkeit erwünscht ist. Das ist heute zweifellos der Fall. Wenn wir uns die Verteilung der Arbeitslosigkeit betrachten, so können wir feststellen, daß die schwererigen Bezirke die sind, in denen die Produktionsgüterindustrien stark vertreten sind. Diese Industrien sind besonders konjunkturrempfindlich. Ihnen kann nur durch neuen Konjunkturaktien geholfen werden. Das bedeutet stärkere Wirtschaftserweiterung, die ausreichendes Kapitalangebot zur Finanzierung braucht. Das Kapitalangebot legt Sparen voraus. Damit wird klar, wie wichtig ausreichendes Sparen für die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit ist.

Die Gelegenheiten zu schaffen ist Aufgabe der dazu bezuhenen Gliederungen des Verbandes. Überall sind die Vorbereitungen im Gange. Schwieriger aber als die Aufstellung der Schulungspläne und die Einrichtung der Kurse ist häufig genug die Frage der Lehrkräfte und Schulungsleiter. Nicht, daß sie in unseren Reihen nicht vorhanden wären. Wir haben im graphischen Gewerbe und in unserem Verbandsverbanden keinen Mangel an überaus befähigten Fachkräften. Leider aber macht sich vielerorts auch ein ungeänderter Berufsegoismus bemerkbar, der dem Willen zu umfassender Berufsbildungsarbeit im Wege steht. Besonders ältere Berufsangehörige, die sich anerkannter Weise unter schwierigsten Umständen und mit eigener Fähigkeit ein gründliches und vielseitiges Berufswissen angeeignet haben, neigen oft zu der Meinung, daß sie alles das nun auch nur für sich allein behalten und verwenden müßten. Sie ziehen um ihre Kenntnisse und ihr Wissen einen dichten Schleier und hüten es manchmal geradezu mit Fanatismus. Niemand soll und darf daran teilhaben. Sie vergönnen es der Jugend nicht, auf bessere und leichtere Art und Weise dahinzukommen, wofür sie sich durchkämpfen müßten. Da es gibt Menschen, die ihr Wissen mit in das Grab nehmen aus dem ungeunden Egoismus heraus, daß nur ihnen gehört, was sie sich erworben.

Das kann und darf nicht mehr sein! Niemand lebt nicht nur sein eigenes privates und berufliches Leben, sondern jeder hat gleichzeitig auch für die Gemeinschaft zu leben und zu wirken. Und für jeden Berufsmenschen spielt die Berufsgemeinschaft mit einer ernsten und wichtigen Rolle. Er hat ein Recht darauf, von ihr zu empfangen, hat aber auch die sittliche Pflicht, wenn er dazu befähigt und in der Lage ist, ihr etwas zu geben.

Wenn jetzt an allen Verbandsorten eine rege Berufsbildungsarbeit einleiten soll, dann müssen sich mit Lust und Freude auch alle die Kräfte zur Verfügung stellen, die etwas zu geben haben. Vor allem gilt es auch, der Jugend, den Lehrlingen — es sind die Gehilfen vor morgen — das Rüstzeug zu vermitteln, das sie dazu brauchen, um den Ruf deutscher Qualitätsarbeit zu festigen und zu mehren. Also für die berufliche Schulungsarbeit der Jugendlichen unseres Verbands müssen von jetzt überall die besten Kräfte bereitstellen. Alle Berufsgenossen, die über berufliches Wissen und Können verfügen, handeln auch hier nach dem Grundsatz: Gemeinnutz geht vor Eigennutz!

Gemeinnutz und Eigennutz in der Sozialversicherung

Daß der Sieg der nationalsozialistischen Revolution in Deutschland und die grundsätzliche Umstellung, die im sozialen Zusammenleben der deutschen Menschen im Gange ist, ein so wichtiges und lebensfrohes Gebiet wie das der Sozialversicherung nicht unberührt und unverändert lassen kann, entspricht der allgemeinen Erwartung. Trotzdem dürften die Vorstellungen über die hier notwendigen Umänderungen in bezug auf Wirkungsbereich, Leistung und Organisation keineswegs überall die gleichen sein, zumal auch hier das Programm der NSDAP. zwar eindeutig, aus dem Bekenntnis zur Volksgemeinschaft heraus, die Verpflichtungen der Allgemeinheit gegenüber dem einzelnen und jene des einzelnen gegenüber der Gemeinschaft betont und sich somit, im Gegensatz zu allen zweckbestimmten Kassendarstellungen, durchaus positiv zur Sozialversicherung stellt, ohne aber dogmatisch und bis ins einzelne gehend eine Regelung vorzugewinnen, die nur aus dem lebendigen Leben des Volkes heraus Zug um Zug dauerhaft geschaffen werden kann. Aber es gab und gibt stets Leute, die allsehr bereit sind, eigene enge Wünsche und Interessen mit den großen Zielen der nationalen Bewegung zu verwechseln, oder aus Programmpunkten und Erklärungen einzelner Führer das herauszulassen und zu hören, was den persönlichen Vorstellungen am ehesten entsprechen möchte. Auf die Sozialversicherung angewandt, heißt dies z. B., daß manche Unternehmer in der scharfen Ablehnung, die der Nationalsozialismus mit Recht dem Rentenunger widerstandlos, bewußter oder unbewußter Ausbeuter sozialer Einrichtungen zuteil werden läßt, eine Befähigung ihres Kaufs und Abbau aller sozialen „Kassen“ zu finden hoffen, während der Grundsatz des dem Eigennutz vorgehenden Gemeinnutzes den notwendigen sozialen Schutz der Arbeitstrait überhaupt niemals als eine Belastung gelten lassen kann. Und ebenso liegt es, wenn das Ziel des händischen Aufbaus und der organisierten Eingliederung der Sozialversicherung in diesen Aufbau verwechselt wird mit der Erhaltung kleiner und kleinster, einem engen Berufs- oder Betriebskreises dienender Versicherungseinrichtungen, die ihr eigenes Risiko nach Möglichkeit abriegeln möchten von den Verpflichtungen, die sich aus der Schicksalsgemeinschaft des ganzen deutschen Volkes, des Unternehmers so gut wie des Arbeiters und Angestellten, zwangsläufig ergeben. Ebenso ist es selbstverständlich eine völlige Verkennung der Ziele neuer deutscher Sozialpolitik, wenn von der nationalen Regierung eine mechanische Erhöhung sozialer Leistungen ohne Rücksicht auf die enge Verknüpfung aller sozialpolitischen Maßnahmen mit dem Gesamtprozess der Wirtschaft und ohne vorherige Wiederherstellung der zum Teil zerkürrten finanziellen Grundlagen der Versicherungszweige erwartet wurde.

Wenn auch die in der Sozialversicherung zu lösenden Fragen viel zu umfangreich und zu verantwörtlich sind, viel zu sehr auch noch mit dem in der Entwicklung befindlichen händischen Aufbau verknüpft sind, als daß heute bereits fertige Lösungen präsentiert werden könnten, zumal in einer Zeit, die die gesamte nationale Kraft dem Ziele der Arbeitsbeschaffung unterordnet, so ist es doch erfreulich, festzustellen, daß immer klarer die Grundzüge eines nationalsozialistischen Sozialversicherungswesens herausgearbeitet werden. So wird in einem grundsätzlichen Aufsatz im „Zentralblatt für Reichsversicherung und Reichsversorgung“ (Nr. 14) anknüpfend an die Entstehungsgeschichte der deutschen Sozialversicherung, d. h. an die Bismarcksche Gesetzgebung, neben der Forderung nach durchgreifender Senkung der Verwaltungskosten insbesondere der Grundlag aufgestellt, daß einmal die Sozialversicherung weitgehend zu vereindeitlichen sei, daß aber insbesondere grundsätzlich aus sämtlichen Versicherungszweigen alle Bagatelldfälle auszuscheiden seien, da-

mit nur der wirklich bedürftige Volksgenosse Anspruch auf Sozialversicherungsleistungen erheben könne. In einem Aufsatz in der „Deutschen Krankenkasse“ (Nr. 20) wird gefordert, daß in der Krankenversicherung gegenüber der jetzigen Vielheit von Beitragsjähren und der Unterschiedlichkeit der Leistungshöhe bei den einzelnen Krankenfällen einheitlicher Beitrag und einheitliche Leistungen zu treten haben, ähnlich wie dies ja auch in anderen Versicherungszweigen, z. B. grundsätzlich in der Invaliden- und Angestelltenversicherung und ganz generell auch in der Arbeitslosenversicherung der Fall ist. Die Arbeitslosenversicherung wird in ihrer streifen einheitlichen Zusammenfassung im Reichsmahstab, in ihrer für manche anderen Einteilungen, so z. B. die des Treuhänderwesens vorbildlichen bezirklischen Gliederung in einem Aufsatz im „Deutschen“ von Hugo Weisenstein (Nr. 170) auch als das organisierte Vorbild für die Krankenversicherung hingestellt.

Gewiß sind dies zunächst nur Vorschläge und keine Entscheidungen. Andere Stimmen werden laut, die in manchen Forderungen Anklänge an marxistische Wünsche der Vergangenheit zu finden glauben. So wird in einem Aufsatz im „Berliner Tageblatt“ (Nr. 365) von Erich Haebler beispielsweise ausgeführt, daß der Kollektivismus in der Sozialpolitik ebenso zu bekämpfen sei wie in der Wirtschaft, und daß derartige Forderungen nicht den Grundjähren des deutschen Sozialismus entsprechen könnte. Aber schon der Aufbau der Deutschen Arbeitsfront, die Vereinheitlichung und Zusammenlegung zahlreicher Arbeiter- und Angestelltenverbände, die Zusammenlegung von Krankenkassenverbänden und viele andere vollzogene Tatsachen beweisen, daß der Wille der nationalen Regierung dahin geht, aus Interessengruppen, aus unverbundenen Gesellschaftsklassen und aus allen Ständen und Berufen ein einheitliches, in sich geschlossenes und in sich verbundenes deutsches Volk zu schaffen, das nicht ängstlich Privilegien des eigenen Kreises hütet, sondern das sich zur gemeinsamen Pflicht, gemeinsamen Leistung und zum gemeinsamen Schicksal freudig bekennt.

Darum kann zwar niemals eine nivellierung und Gleichmäherei das Ziel sein, wie sie sich aus dem marxistischen Kollektivismus infolge mechanistischer Deutungweise ergab, wohl aber die rückständigste Beseitigung aller Sonderregelungen und künstlichen Abgrenzungen, die nicht aus den gemeinsamen Notwendigkeiten des deutschen Volkes erwachsen sind. Dr. Kurt Gusto.

Auch im Berufsleben geht Gemeinnutz vor Eigennutz

Überall in unseren Verbandsorten sind die Jugendleiter dabei, ihren Plan für die Schulungsarbeit unserer Jugendmitglieder vorzubereiten. Berufliche Weiterbildung ist eine der vornehmsten Aufgaben der Deutschen Arbeitsfront und ganz besonders auch der Gliederungen der Deutschen Arbeitsfrontjugend. Die Gründe, warum gerade im nationalsozialistischen Staat der beruflichen Weiterbildung eine überragende Bedeutung beizumessen ist, sind hier und in unseren Jahrgangsdritten schon oft genug eingehend erörtert worden. Höchste berufliche Leistungen, zu denen der einzelne durch unermüdlige Weiterbildung befähigt wird, sind der Grundstein für die wirtschaftliche Blüte der Nation. Jeder also, der an dem Wert des Aufbaus der deutschen Wirtschaft mitwirken will, ist verpflichtet, alles zu tun, was die beruflichen Leistungen fördert. Das trifft vor allem auf die jungen Berufsgenossen zu. Aber allein mit dem Willen zur beruflichen Fortbildung ist ja auch noch nichts getan, sondern es müssen die Gelegenheiten dazu vorhanden sein und die Lehrkräfte bereitstehen, die dazu notwendig sind.

Spende zur nationalen Arbeit

Rund 40 Millionen Reichsmark sind bisher von den deutschen Arbeitsmenschen für die Spende zur nationalen Arbeit aufgebracht worden. Dieser Erfolg zeigt uns, daß viele kleine Beträge eine Summe ergeben, mit der Tausende von Arbeitslosen wieder Arbeit und Brot erhalten können. Die Sammlung darf deswegen nicht nachlassen, im Gegenteil, sie muß auch von jenen aufgenommen werden, die sich bislang ausschlossen.

Aber das Ergebnis der Spenden zur nationalen Arbeit aus dem graphischen Gewerbe liegen folgende neue Meldungen vor:

Sing Fabrit G. m. b. H., Berlin-Mariendorf:

Die gesamte Belegschaft hat sich verpflichtet, bis zum 31. März 1934 ein halbes bzw. ein ganzes Prozent vom Einkommen als Beitrag zur Spende der nationalen Arbeit abzuführen. 1/2 Proz. wird von denjenigen Arbeitnehmern aufgebracht, die pro Woche bis zu 20 RM. bzw. pro Monat bis 90 RM. beziehen. Insgesamt betragen die gezeichneten Beiträge pro Monat 300 bis 350 RM. je nach dem Grad der Beschäftigung. Eine im Juli durchgeführte Sammlung ergab den Betrag von 137,95 RM. Die Sing Fabrit selbst hat sich an der Spende mit dem im Auftruf der Reichsregierung vorgesehenen Betrage beteiligt und insgesamt 2310 RM. gezeichnet. Die Erhebung dieses Betrages findet in der vorgesehenen Weise von der Berufsgenossenschaft statt.

Deutsche Zentraldruckerei AG. (Deutsche Tageszeitung), Berlin:

Auf Anregung der Betriebszelle der Deutschen Zentraldruckerei AG. (Druckerei der „Deutschen Tageszeitung“) hat sich die Belegschaft bereit erklärt, bis auf Widerruf einen Teil des Gehalts bzw. Lohnes vom Arbeitgeber einbehalten zu lassen. Die laufend abgeführte Summe beträgt durchschnittlich 600 RM. monatlich.

Illstein AG., Berlin:

Die Belegschaft des Verlages Illstein hat im vergangenen Monat den Betrag von etwa 19 200 RM. teils durch Lohn- und Gehaltsabzug, teils durch Einzahlungen in die aufgelegten Listen als Spende für die nationale Arbeit beigezueuert. Diese Summe wird mit kleinen Abweichungen auch für die kommenden Monate der nationalen Arbeitsspende zugeführt werden.

Berlag Walter de Gruyter & Co., Berlin:

Der Verlag Walter de Gruyter & Co., Berlin, lieferte an das Finanzamt einen Betrag von 126,88 RM. als freiwillige Spende für die nationale Arbeit ab und wird diese Spende auch für weitere Monate durchführen.

Firma Georg Schauer, Berlin-Schöneberg:

Auf Anregung der Betriebszelle spendet die gesamte Belegschaft bis auf weiteres 1 Proz. des Gehalts bzw. des Lohnes als freiwillige Spende zur Förderung der nationalen Arbeit. Gleichzeitig hat sich die Firma bereit erklärt, den jeweilig gelpendeten Betrag zu verdoppeln.

Hilshenrich-Werke AG, Berlin-Niederschönhausen, Buchholzer Straße 34/35:
 Die Belegschaft opfert schon seit fünf Wochen fortlaufend für die Spende der nationalen Arbeit, und zwar die Arbeiter 1/2 Proz. vom Lohn und die Angestellten 1 Proz. vom Gehalt.

Firma Lüderig & Bauer AG, Berlin:
 Die Gesamtbelegschaft der Firma Lüderig & Bauer AG für Buchgewerbe (Berlin), Angestellte und Arbeiter, haben beschlossen, bis auf weiteres durchschnittlich 1 Proz. bis 2 Proz. ihres Gehaltes bzw. Lohnes als freiwillige Spende zur Förderung der nationalen Arbeit zur Verfügung zu stellen.

Universitätsbuchdruckerei Joh. Bredt, Münster i. Westf.:
 Die Belegschaft der Universitätsbuchdruckerei Joh. Bredt führt vom 1. August 1933 ab 1/2 Proz. ihres Bruttoeinkommens der Spende zur nationalen Arbeit ab. Die Belegschaft ist geschlossen im Deutschen Arbeiterverband des graphischen Gewerbes organisiert.

Firma Albert Heine („Cottbuser Anzeiger“), Cottbus:
 Die ganze Belegschaft der Firma hat sich bereit erklärt, bis auf weiteres einen bestimmten Prozentsatz ihres Lohnes bzw. Gehaltes der Spende zur nationalen Arbeit zuzuführen. Im Juni und Juli sind insgesamt 230,50 RM. gezahlt worden. Die Firma Albert Heine stiftet fortwährend monatlich den Betrag von 100 RM. und hat bisher bereits 216,33 RM. der freiwilligen Spende zuzuführen lassen.

Norddeutsche Volkszeitung (Verlag S. F. Mohr), Bielefeld:
 Auf Anregung der Geschäfts- und Betriebsleitung spendet die Gesamtbelegschaft einschließlich des Chefs seit fünf Wochen bis auf Widerruf laufend je nach der Höhe ihres Einkommens 1/2 bis 1 Proz. vom Bruttoeinkommen für die nationale Arbeit. Der Befehl ist um so anerkennungswürdiger, als das technische Personal seit über zwei Jahren in Kurzarbeit steht.

Sofbuchdruckerei W. Sandmeyer, Schwerin i. M.
 Zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit führt seit dem 1. August 1933 das Personal 1/2 Proz. des Lohnes bzw. 1 Proz. des Gehalts als freiwillige Spende zur Förderung der nationalen Arbeit bis auf weiteres ab. Außerdem arbeitet die gesamte Belegschaft nur 44 Stunden, wodurch sechs Arbeiter, die gekündigt waren, in Arbeit gehalten werden konnten.

Paradische Buchdruckerei S. Otto, Magdeburg, Große Klosterstraße 18:
 Die Belegschaft hat beschlossen, 1 Proz. ihres Bruttoeinkommens, rückwirkend vom 1. August 1933, bis 31. März 1934 an das hiesige Finanzamt abzuführen.

Kreis-Anzeiger, Osterode am Harz:
 Für die Förderung der nationalen Arbeit führt die gesamte Belegschaft des Osterode Kreis-Anzeigers (Verlag Giesel & Oehlschlägel, Osterode a. Harz) einen festen Wochenbeitrag bis auf weiteres ab.

Korrespondenzen

Allenstein. Am 19. August 1933 fand im Verbandstotal, Hotel Kaiserhof, eine Werbeversammlung des Deutschen Arbeiterverbandes des graphischen Gewerbes statt. Verbandstreisleiter Hermann Kordowski (Allenstein) eröffnete die Werbeversammlung und begrüßte die zahlreich erschienenen Volksgenossen. Ferner gab er ausführliche Erklärungen über Erfassung und Zuführung der nichtorganisierten Berufsangehörigen in den Deutschen Arbeiterverband des graphischen Gewerbes. In Allenstein sind nun alle graphischen Arbeiter der zuständigen Berufsorganisation, dem Deutschen Arbeiterverband des graphischen Gewerbes, beigetreten. Ferner dankte der Verbandstreisleiter den bisherigen Ortsleitern, des ehemaligen Gutenberg-Bundes und des Verbandes der deutschen Buchdrucker für die von ihnen geleisteten Arbeiten. Die Werbeversammlung schloß mit einem dreifachen „Sieg Heil!“ auf unsern Führer und Volkslansler Adolf Hitler.

Berlin (Ulrike in -Lohnhändler). In der Versammlung am 23. August 1933 im Königgräber Garten waren etwa 350 Lohnhändler anwesend. Pg. Hedlich gab das am 19. August mit der Firma Ulstein getroffene Ergänzungsabkommen bekannt und hob die einzelnen Punkte besonders hervor. Der Vertreter des Verlages, Pg. Matschakel, brachte zum Ausdruck, daß die Bestrebungen des Verlages Ulstein darauf gerichtet seien, die Lohnhändler nicht drohten zu machen. Pg. Hermann Hahn, Fachschaftsleiter der Hilfsarbeiter im Deutschen Arbeiterverband des graphischen Gewerbes, wies darauf hin, daß er im Jahre 1929 bei der Firma Scherl die Betriebszelle aufgezogen und freis dafür gekämpft habe, ein rechtliches Arbeitsverhältnis für den Lohnhändler zu erreichen. Es war wohl möglich, mit der Firma über die Interessensfragen zu verhandeln, ein positives Ergebnis jedoch wurde schon deswegen abgelehnt, weil die Lohnhändler von allen Firmen als sogenanntes fünftes Rad am Wagen betrachtet wurden. Aus diesen jahrelangen Verhandlungen konnte er die wirtschaftliche Lage der Händler zur Genüge. Das Schwerkste ist es freis gewesen, daß die Händler nie wußten, bei welcher Gewerkschaft sie sich organisieren sollten. Keine der Gewerkschaften wollte die Händler aufnehmen und ihre Interessen vertreten. Einige gingen in den Verkehrsband und andere wieder in andere Verbände. Nun sei in der Fachschaft „Graphische Hilfsarbeiter“ eine neue Sparte gebildet worden, und zwar die Sparte „Lohnhändler“. Diesen ist nunmehr die Möglichkeit gegeben, sich zu organisieren, um in die Deutsche Arbeitsfront eingereiht zu werden gemäß dem Programm unseres Führers, des Reichslanslers Adolf Hitler. Zum Verbandspartenwart wurde Pg. Ditto Kohmorgen (Firma Scherl) ernannt, zum Spartenwart bei der Verbandsbezirksleitung III Berlin-

Brandenburg Pg. Hedlich (Firma Ulstein). Pg. Hahn sprach dann über den Werdegang der Gewerkschaften. Er schilderte die Gründung, den Aufbau, die Nützlichkeit der Gewerkschaften als solche für die gesamte Arbeiterchaft, die aber durch die sozialdemokratische Beeinflussung in ein vollkommen fallisches Jahrgewand gekommen waren. Die Gewerkschaften, die Träger des sozialen Willens der Arbeiterchaft sein sollten, verfielen vollständig, eine ungeheure Konjunktur machte sich breit, Arbeitergroßen wurden für Dinge verwendet, für die sie bestimmt nicht gegeben waren. Die Gewerkschaften waren am Ende, es hätte wirklich nur noch kurzer Zeit bedurft, bis diese gesamte Organisation restlos zusammengebrochen wäre. Zur rechten Zeit, und zwar am 1. Mai, rief unser Führer die Arbeiterchaft zum Zusammenstoß auf. Für die Konjunktur überraschend kam dann die Befehlung der Gewerkschaften. Das große Aufräumen begann, die Beschlagnahme und Sicherstellung des noch vorhandenen Vermögens für die Arbeiter war unsere vornehmste Aufgabe. Es wurden die drei mächtigen Säulen der Deutschen Arbeitsfront geschaffen. Pg. Hahn forderte zum Schluß die Lohnhändler auf, jetzt die letzte Gelegenheit zu ergreifen, sich einzureihen in die Deutsche Arbeitsfront und an dem Werk des Aufbaues des Dritten Reiches mitzuarbeiten. Ehrenpflicht für jeden deutschen Arbeiter ist es, gewerkschaftlich organisiert zu sein. Pg. Hahn als Fachschaftsleiter der graphischen Hilfsarbeiter der Verbandsbezirksleitung III Berlin-Brandenburg betonte, daß die NSD. die Aufgabe habe, den nationalsozialistischen Geist in die Belegschaften hineinzutragen, während die Gewerkschaften die rein wirtschaftlichen Fragen zu behandeln befugt sind. Der liberalistische Geist sei restlos im Schwunden begriffen; die nationalsozialistische Weltanschauung ist heute schon als die richtige erkannt, in der die These nicht mehr maßgebend ist, daß das Geld die Welt regieren, sondern die Arbeit. Pg. Hedlich schloß die Versammlung mit einem dreifachen „Sieg Heil!“ auf unsern Führer, den Volkslansler Adolf Hitler und die nationalsozialistische Bewegung. Es wurden rund 50 Neuaufnahmen und am Tage darauf 66 Neuaufnahmen vollzogen.

Berlin (Scherl-Lohnhändler). Am 25. August fand im Lokal „Mehlpalast“, Alte Jakobstraße 14, eine Versammlung der Lohnhändler der Firma Scherl statt. Pg. Ditto Kohmorgen gab kurz bekannt, daß es notwendig sei, auch sämtliche Lohnhändler gewerkschaftlich zu erfassen. Pg. Hahn führte aus, daß er, wie gerade den Scherl-Lohnhändlern bekannt sein wird, vier Jahre darum gekämpft habe, daß die Entlohnungsfrage bei den Lohnhändlern geregelt werde. In den früheren Jahren sei das nie geglückt. Nunmehr sei es Pflicht eines jeden einzelnen Händlers, der Gewerkschaft beizutreten. Pg. Hahn führte noch aus, daß die Gewerkschaften unter der NSD.-Leitung nicht darauf ausgingen, Arbeitergroßen aufzusammeln, sondern wirklich praktische Arbeit für jeden Arbeiter zu leisten willens sind. Auch der Händler mit seinen kleinen Groschenbeträgen ist für jeden Zeitungsbetrieb und besonders auch für Scherl eine Notwendigkeit, da er durch diese Tätigkeit an der Erhaltung und an dem Ausbau des Betriebes mitarbeitet. Bei einer wöchentlichen Bezahlung von 15 RM. ist selbstverständlich das Existenzminimum nicht gewahrt; es dürfte auch hier notwendig sein, Hilfspfe zu schaffen. Die Arbeiter dürfen versichert sein, daß die Deutsche Arbeitsfront eine Entlohnung erwirnen wird, die wirklich als Entlohnung anzupredien ist. Kameradschaftlichkeit soll und muß in jedem Betrieb vorherrschen. Pg. Kohlmorgen führte aus, daß jetzt endlich der Zeitpunkt gekommen sei, wo die Lohnhändler die Möglichkeit einer gewerkschaftlichen Organisation hätten. Es wurde eine neue Versammlung vorgezehen, um die übrigen, heute nicht anwesenden Lohnhändler, zu erfassen. Diese Versammlung soll Sonntag, den 16. September, vormittags 10 Uhr, in den Aminialen, Kommandantenstraße, stattfinden. Es wird erwartet, daß alle, etwa 400 Lohnhändler der Firma Scherl, erscheinen werden. Es wurden nach Schluß der Versammlung 32 Aufnahmen unterschrieben.

Berlin. Am Sonntag, den 27. August, unternahm die Betriebszelle des Scherl-Verlages einen Ausflug nach der schönen Woltersdorfer Schenke. Drei große Dampfer reichten kaum aus, um die Teilnehmer nach ihrem Ziel zu bringen. Die flotten Weisen einer SA-Rapelle sorgten für fröhliche Stimmung. Als Vertreter des Scherl-Verlages nahmen an der Fahrt mehrere Direktoren teil. Auch unter Pg. Hermann Hahn, Fachschaftsleiter der Hilfsarbeiter im Deutschen Arbeiterverband des graphischen Gewerbes, lief es nicht nehmen, der freundlichen Einladung seiner alten Mitkämpfer Folge zu leisten. Es gab bei dieser Gelegenheit ein frohes Wiedersehen und Begrüßungen mit vielen alten Kämpfern, Kämpferinnen und Arbeitskameraden. Im Ausflugslokal „Bellvue“, dem Ziel der Dampferfahrt, sprach Jellenobmann Schwabe über den Sinn und Zweck dieses Ausfluges. Auf der Weise, im nahen Walde, gab es dann Spiele für Junge und Alte. Am Abend vereinte man sich zu einem fröhlichen und vergnügten Tanz. In fröhlichster Stimmung, erfüllt vom Kameradschaftsgeist, bestieg man spät abends die Dampfer zur Heimfahrt.

Danzig. Die Straßen Danzigs waren am 19. August 1933 ein einziges Flaggenneg; nicht ein Haus war ohne Hafenkreuzflagge. Das Straßenbild erinnerte an die Augusttage 1914. Überall hörte man von der Ausräumung der Deutschen Arbeitsfront sprechen. Kurz nach 17 Uhr begann der Aufmarsch der Massen. 68.000 Arbeiter, Angestellte, Beamte und Unternehmer füllten den Platz, darunter das graphische Gewerbe in einer noch nie dagewesenen Stärke. Bis auf einige Kranke und Invaliden war alles zur Stelle. Die weiblichen Mitglieder der Gewerkschaften, die nicht an dem Aufmarsch selbst teilnehmen durften, umsäumten den Platz. In den Anmarschstraßen stand die Bevölkerung Kopf an Kopf und ließ die gewaltigen Massen an sich vorüberziehen. Selbst auf den Dächern sah man Menschen, die sich dieses gewaltige Schauspiel aus luftiger Höhe ansehen wollten. Unter den Klängen des Präzidentenmarsches geleitete Staatsrat und Gauleiter Forster und Gaubetriebszellenleiter Schorries die Redner des Tages, Staatsrat Dr. Lehmann, Staatsrat Schumann, zur Tribüne. Die Reden der beiden deutschen Arbeiterführer fanden stürmischen Beifall. Unter den Klängen alter Kampflieder marschierten die Kolonnen ab. Wohl selten hat das deutsche Danzig eine solche Kundgebung erlebt. Nicht unbeachtet blieben die Ermahnungen des Führers der Deutschen Arbeitsfront. Das Haus der Arbeit war am 20. August dem Ansturm der sich neu Anmeldenden kaum gewachsen. Der

Aufbruch der deutschen Nation hat sich in Danzig vollzogen. **Eberswalde.** Einer der schönsten, alten Junfbräuche, das „Gautschen“ der Buchdrucker, ist wieder eingeführt worden. Die Zeremonie dieses „Gautschens“ wurde wieder zu der erstmals so feierlichen Handlung erhoben. Der Verbandsstreisleiter, Pg. Menner, nahm am Sonnabend, 19. August 1933, auf dem Betriebshof der C. Müllers Buchdruckerei den Lauf auf. Sämtliche Betriebsangehörige hatten sich eingefunden. In seiner Ansprache erklärte der Verbandsstreisleiter den Begriff des „Gautschens“. Jeder Handwerkszweig hatte in früherer Zeit seine Junfbräuche, und wenn in den letzten Jahren und Jahrzehnten diese edlen Junfbräuche der Vergessenheit verfallen seien, so sei es im neuen Staate unsere Pflicht, sie wieder aufleben zu lassen. Schon zur Zeit unseres Väteralters Gutenberg habe dieser Junfbrauch bestanden. Buchdruckmeister Disslip gab die Namen der zu „Gautschenden“ bekannt und befehl dem Gaukschmeister Langhoff, nach altem Brauch und alter Sitte das „Gautschen“ an 16 Kollegen vorzunehmen. Abends versammelten sich alle Festteilnehmer im großen Saal der „Harmonie“ zu einem festlichen Zusammensein. Durch das Entgegenkommen der Eberswalder Brauerei war es möglich, an alle arbeitslosen Kollegen Freibier zu verabfolgen. Der Kreisleiter der NSDAP, Pg. Kistler, erklärte, daß gerade die Buchdrucker schon von jeher ein großes soziales Verständnis gehabt und nur die Führer die Masse in die falsche Richtung gehoben hätten. Jetzt sei der Weg frei zu wirklichem sozialem Aufbau. Nach der Ueberreichung der Gautschbriefe verlief der Abend in alter traditioneller Buchdruckerfröhlichkeit.

Frankfurt a. M. Zur Einleitung der beruflichen Bildungsarbeit fand am 30. Juli auf Veranlassung des Fachschaftsvertreters der Buchdrucker eine Vorkursammlung aller Mitglieder, der Drucker, Handbier, Maschinenbier- und Korrektorenpartei statt. Der Ortsleiter, Pg. Kumm, eröffnete die Versammlung und erteilte nach kurzen einleitenden Worten dem Bezirksbildungsamt, Pg. Jost, das Wort. Zur Durchführung einer einheitlichen Linie legte Pg. Jost in großen Zügen die Punkte fest, die für eine gemeinsame Arbeit der Sparten notwendig sind. Daß das Führerprinzip auch bei uns oberstes Gesetz ist, braucht nicht besonders betont zu werden. Wenn die Grundlagen für die beruflichen Schulungsaufgaben geschaffen sind, wird die Arbeit auf der ganzen Linie einziehen. Die örtliche Schulungsarbeit wird sich vorerst auf folgende Gebiete erstrecken: 1. Errichtung von Lehrgängen; 2. Ausdehnung von Wettbewerben; 3. Regelmäßige Vortragsabende über technische Fragen mit Aussprache; 4. Vorfichtungen und Ausstellungen. Als Spartenvertreter wurden ernannt: Für die Drucker Ditto Hummel, für die Handbier Max Boyen und für die Maschinenbier J. Ladung.

Hamburg (Buchdrucker). Die Buchdruckerameraden haben ihre Bildungsarbeit begonnen. Am 22. August fand eine Besichtigung der Zigarrettenfabrik Haus Neuerburg, Wandsb. Feldstraße, statt. Wie groß das Interesse der Mitglieder für so großangelegte Industrieerwerke, wenn auch anderer Branche, ist, bewies die fastliche Teilnehmerzahl. Die modernen Maschinen sowie die vorbildlichen Arbeitsräume lösten Freude und Bewunderung bei den Besuchern aus. Mit einer Vaudung „Ober!“ bedient, verließen die Besucher, größtenteils Arbeitslose, vollaus betrieblid die Fabrik. Abends fand in der Heimstätte Nagelsweg ein Lichtbildvortrag über das Thema: „Kunst und Kitsch“ statt. Der Referent, Kollege Karkoch, brachte eindringlich und mit großem Interesse ausgenommen einen Vortrag, der an und für sich nicht neu ist. Er unterschied Gebrauchs- und Kunstgegenstände, darwischend als Mittelglied die kunstgewerblichen Erzeugnisse. Während von einem rein auf Gebrauch eingestellten Gegenstand nur volle Zuverlässigkeit verlangt wird, müssen Kunst und Kunstgewerbeerzeugnisse schönheitliche und Ausdrucksmerkmale zeigen (Wiedergabe innerer und äußerlicher Erlebnis). Kunst seinollende aber nicht den genannten Ansprüchen entsprechende Werte nennen wir Kitsch. Ein jeder Kulturmenschen müsse in der Lage sein, einen Trennungstrieb zwischen Kunst und Kitsch ziehen zu können. Besonders die neuen Betreibungen, auch in unserm Gewerbe einen neuen deutschen Stil zu schaffen, bergen für Unberufene die große Gefahr in sich, dieses Ziel durch unmatürliche Zugabe unorganischen Beiwerks zu erreichen und so die Kitschindustrie auf neue „Ertragsquellen“ zu bereichern. Die Bildungsarbeit in unserm Beruf müsse diesem kulturwidrigen Wirken Kampf anlagen. Jedem gefunden Neuen sich mit Begeisterung hingeben, Angelegendes, das sich mit einschleichen will, mit klarem Bild erkennen und bekämpfen, das müsse unser Ziel sein. Viele farbige Lichtbilder und einige Schallplatten-Beispiele illustrierten den Vortrag. Wie nötig es ist, die Bildungsarbeit in diesem Sinne aufzunehmen und zu fördern, bewies der anhaltende Beifall, den der Vortragende für seine mit sehr viel Geduld und Kunstliebe gebrachten Darbietungen erteilte. Ein „Sieg Heil!“ auf unser neues Deutschland und den Führer Adolf Hitler durch den Spartenwart, Pg. M. Veffgen, beschloß diesen denkwürdigen Tag. — Am 12. September, abends 20 Uhr, wird in der Heimstätte Nagelsweg ein Vortrag über „Die tägliche Gebrauchsdruckerei“ gehalten. Wir wollen an diesem Abend Arbeiten aus der Praxis Hamburger Kollegen ausstellen und besprechen. Jeder Kollege soll seine Arbeiten mitbringen. Wir wollen kritisieren, ohne den Befertigter zu nennen. Sachliche Kritik kann nicht verletzen, sondern gibt Ansporn zum Bessermachen. — Am 23. September ist im Filmlokal des Hamburger Gewerkschaftshauses erster diesjähriger Filmabend, und zwar um 17 Uhr nur für Erwerbslose, um 20 Uhr für alle anderen Mitglieder. Alle Mitglieder des graphischen Gewerbes nebst Familienangehörigen sind herzlich willkommen. — Am 26. September, abends 20 Uhr, ist in der Heimstätte Nagelsweg ein Vortrag über „Photo und Schrift“. Der Kreis Hamburg hat unter dieser Devise einen Wettbewerb ausgeschrieben. Das Ergebnis wollen wir ausstellen und besprechen.

Zur Beachtung!

Am Anlaß des Reichsparteitages der NSDAP. in Nürnberg ist ein Teil der Auflage des „Korrespondent“ verspätet zum Versand gekommen. Der Pressewart.

Sondershausen (Buchdrucker). Am 9. August hatten sich die Mitglieder zu einem gemütlichen Beisammensein versammelt, um das 40-jährige Jubiläum des Kollegen Ernst Kleemann zu feiern. Am 7. August waren 40 Jahre vergangen, an dem ihm die Finanzgeschäfte des Verbandsortes übertragen wurden. Vor 27 Jahren (1906) wurde ihm auch noch das Vorstandsamt übertragen. In dieser langen Zeit hat Kollege Kleemann in uneingeschränkter gewissenhafter Tätigkeit stets im Interesse der Kollegen, des Verbandsortes und des Verbandes seine Ämter verwaltet und sich das Vertrauen seiner Kollegen in reichem Maße erworben. Möge es unserem alten, treuen Kollegen Kleemann vergönnt sein, noch einen schönen langen Lebensabend zu erleben.

Stuttgart (Friedrich Wache). Am 22. August 1933 verstarb nach kurzer Krankheit der Maschinenbauer Friedrich Wache im Alter von 61 Jahren. In der Sportbewegung der Maschinenbauer im ehemaligen Gutenberg-Bund nahm Kollege Wache eine führende Stellung ein. Als Mitbegründer der Gruppe Süddeutschland der Maschinenbauerpartei wurde ihm 1908 deren Führung übertragen, die er bis zur Neugruppierung vor einigen Monaten behielt. Alle, die mit dem Verstorbenen zusammenarbeiten durften, schätzten seinen offenen und ehrlichen Charakter, seine Vertrauenswürdigkeit und seine nationale Gesinnung. Er ruhe in Frieden!

Allgemeine Rundschau

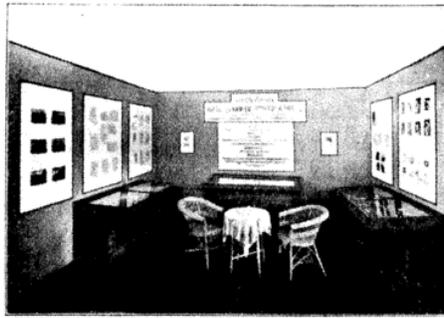
Neueinstellungen im graphischen Gewerbe. In der Erkenntnis, daß nur größte Anstrengungen und Opfer jedes einzelnen Unternehmers das vom Führer gesteckte Ziel erreichen lassen, hat die Großdruckerei Wilhelm Limpert (Dresden) durch neue laufende Verlagserschöpfungen des eigenen Verlages und durch verstärkte Auftragswerbung ihren Auftragsbestand so vergrößert, daß sie ihre Beschäftigungsziffer um 35 Proz. erhöhen konnte. Bei den Neueinstellungen wurden in erster Linie verdiente Angehörige der NSDAP, SA- und SS-Leute berücksichtigt.

Der Weg zur Volksgemeinschaft. Volksgemeinschaft bedeutet, daß einer für den anderen eintritt. Die Nationalsozialisten in den deutschen Arbeiterverbänden werden sich immer mit ganzer Kraft einziehen, die Mitglieder und Volksgenossen zu schützen und ihre Interessen zu vertreten. Wenn einer nur sich selbst, sein Ziel zu erreichen, so wird ihm auch fast immer der Erfolg belohnen sein. Diese Anschauung hat die Bewegung groß gemacht. Mit ihr ist der Marxismus zu besiegen. Es kommt auf die Leistung, den guten Willen an! Wer aber auf diese Weise überzeugt wurde, den drängt es, selber so zu handeln und auf seine Weise das Gute weiterzutragen, damit die Volksgemeinschaft immer tiefere Wurzeln fassen. Was aber könnte die Wichtigkeit dieser Aufgabe mehr betonen, als solche Begebenheiten, wie die nachstehende. Frau Martha Mocha, früher einmal Funktionärin der SPD. (Berlin N. Hülstenstraße 17), hatte mit ihrem Arbeitgeber einen Prozeß wegen Gehaltsforderung. Nachdem sie zweimal vom Arbeitsgericht abgewiesen war, griff der damalige NSD-Beauftragte des Buchbinderverbandes, der jetzige Verbandsführer des Deutschen Arbeiterverbandes des graphischen Gewerbes, H. G. Coler, ein, der in direkter Verhandlung mit der Firma eine Abfindung für die Kollegin in Höhe von 500 RM. erzielte. Die Volksgenossin gab ihre Dankbarkeit dadurch zum Ausdruck, daß sie einen Betrag von 50 RM. als Spende zur Förderung der nationalen Arbeit gab. Das ist wahre und edle Volksgemeinschaft, die hundertfältig Frucht treibt.

16-Stunden-Woche und Neueinstellungen. In einer Mitgliederversammlung des Arbeitgeberverbandes für Essen und Umgegend E. V. wurde einstimmig folgender Beschluß gefaßt: Der in der Sitzung des Vorstandes von Arbeit Nordwest am 7. August 1933 gefaßte Beschluß betreffend Neueinstellung von Arbeitskräften im Wege der Arbeitsstreckung wird auch von den ordentlichen und korrespondierenden Mitgliedern des Arbeitgeberverbandes Essen zum Beschluß erhoben. Den Mitgliedern wird ausdrücklich zur Pflicht gemacht, ausnahmslos die Streckung der Arbeit auf durchschnittlich 16 Stunden in der Woche und eine entsprechende Neueinstellung von Arbeitskräften überall da vorzunehmen, wo auch nur irgend die Möglichkeit dazu gegeben ist. Betriebliche Schwierigkeiten, sofern sie überwindbar sind, müssen dabei in Kauf genommen werden. Die Mitglieder sind verpflichtet, spätestens bis zum 1. September dem Arbeitgeberverband zu berichten, welche Maßnahmen sie getroffen haben bzw. zu treffen gedenken und wie viele neue Kräfte zur Einstellung gelangen. Dabei sind auch die Betriebsabteilungen anzugeben, in denen die Arbeitsstreckung nicht vorgenommen werden kann und die Gründe, warum sie für undurchführbar gehalten wird. Der Arbeitgeberverband legt eine dreiföpfige Kommission ein, die berechtigt ist, in all den Fällen, in denen Streckung nicht für möglich erachtet wird, beratend einzugreifen.

Gesamtverband deutscher Arbeitssopier in der Deutschen Arbeitsfront. Staatsrat Dr. Ley hat dem Nationalsozialistischen Reichsverband der deutschen Arbeitssopier mit sofortiger Wirkung unterlag, sich künftig als „Nationalsozialistischer Reichsverband zu bezeichnen. Der Name lautet von nun an „Gesamtverband deutscher Arbeitssopier in der Deutschen Arbeitsfront“. Der Verband ist nach der Verfügung der Deutschen Arbeitsfront als geschlossenes Ganzes der Deutschen Arbeitsfront eingegliedert. An seiner Organisation soll nichts geändert werden. Der bisherige Leiter des Gesamtverbandes deutscher Arbeitssopier in der Deutschen Arbeitsfront, Diplombauingenieur H. G. Friedrich Ehling, ist von Staatsrat Dr. Ley in seinem Amt erneut bestätigt und in den Kleinen Arbeitsfondent berufen worden.

Eine geschichtliche Erinnerung. Am kommenden Sonntag, dem 3. September 1933, jährt sich der 40. Jahrestag der Begründung des ehemaligen Gutenberg-Bundes, der jetzt in den Deutschen Arbeiterverband des graphischen Gewerbes eingegliedert ist. Der Gründungsakt war am 3. September 1893 in Erfurt, wo Vertreter der verschiedenen örtlichen Gewerkschaften zusammenkamen, die den sozialdemokratischen Charakter des Buchdruckerverbandes ablehnten. Nach der Gründung der ehemaligen christlich-nationalen Gewerkschaften schloß sich der Gutenberg-Bund



Im Rahmen der ersten „Frauen Großmesse“ zu Leipzig stellte in der Repräsentationsausstellung der höheren Reichsschulschulen in wirtungsvoller Weise auch die Weisterschule für das graphische Gewerbe zu Leipzig aus, deren Koje wir im Bilde wiedergeben. Die Schule, die unter Leitung von Prof. Carl Kleber steht, zeigte Arbeiten aus den Werkklassen für Satz und Druck, den Entwurfsklassen und dem Wirtschaftlichen Praktikum. In den Vitrinen standen größere Veröffentlichungen der Werkklassen zur Schau.

dieser Gewerkschaftsrichtung an. Im Verhältnis zu anderen Verbänden kliebe die Mitgliederzahl gering. Es war gleichsam eine Auslese, die zum Gutenberg-Bund kam, denn viel mußten sich die Mitglieder gegen einen unerhörten marxistischen Terror in den Betrieben behaupten. Diese Zeit noch eine Gesinnung, und das ist die nationalsozialistische, ist nun vorbei, ein Gesinnungstypus zwischen den Arbeitnehmern in den Betrieben ist ausgeschlossen. Es gibt nur die Gerechtigkeit gebietet es, festzustellen, daß der ehemalige Gutenberg-Bund selbst als kleinere Organisation über ein gut ausgebildetes Unternehmenselement verfügte und eine fruchtbare berufliche Bildungsarbeit betrieb, wovon die „Graphischen Nachrichten“ das beste Beispiel boten.

Strenge Abhandlung unsozialen Verhaltens. Wie sehr die beruflichen Organe des nationalsozialistischen Staates darüber wachen, daß die soziale Gesinnung im Wirtschaftsleben und in der Betriebsführung gewahrt wird und wie wenig sie davor zurückschrecken, in besonders trassen Fällen mit besonders empfindlichen Maßnahmen vorzugehen, zeigen einige Beispiele der jüngsten Zeit. So wurde in B r e s l a u auf Anordnung des Treuhänders der Arbeit ein Maurermeister wegen Verstoßes gegen die Kollektivgebühren gegen die Bestimmungen der Arbeitszeit-Normenordnung, gegen die Verpflichtung zur Abführung der Sozialversicherungsbeiträge und zur unbedingten Zahlung des Tariflohnes verurteilt. Der Betriebsleiter eines Steinbrudes bei S o f e e i s m a r mußte sich der Schuchhaft unterziehen, weil er der Belegschaft seines Betriebes gegenüber ein unsoziales Verhalten bewiesen hatte. In E l w e g e wurden die Inhaber eines gewerblichen Betriebes in Haft genommen, weil sie die bei ihnen beschäftigten Belegschaften in unwürdiger Weise behandelt und mißhandelt haben. Die Überführung dieser Lehrherren in ein Konzentrationslager ist vorgeesehen. Auch

das Städtische Wohlfahrtsamt in Essen berichtet über Maßnahmen gegen Saboteure. So wurde ein Kartoffelhändler in Schußhaft genommen, der seit längerer Zeit Wohlfahrtsverwehrlöse beschaffte und deren wirtschaftliche Not in größter Weise ausgenutzt hat. Vorauswärtlich wird er einem Konzentrationslager zugeführt werden. Gegen einen Schwarzarbeiter hatte das Wohlfahrtsamt Strafanzeige erstattet. Er wurde im Schnellverfahren zu neun Monaten Gefängnis verurteilt. Das Wohlfahrtsamt kündigt nach einem Hinweis auf eine frühere öffentliche Warnung vor der Schwarzarbeit an, daß in Zukunft die Namen der Saboteure und Volksbetrüger bekanntgegeben werden sollen. Im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit wird die Schwarzarbeit von den Behörden mit ganz besonderer Aufmerksamkeit verfolgt und mit strengen Strafen bedroht. Als warnendes Beispiel kann eine Verhandlung vor dem Berliner Schöffengericht dienen. Die Anklage richtete sich gegen ein Ehepaar und lautete auf fortgesetzten Beitrag im Rückfall. Der Ehemann hatte nach jeder Aussteuerung aus der Arbeitslosenversicherung für sich und seine Familie Arznen- und Wohlfahrtsunterstützung, Mietbeihilfe usw. bezogen und den Behörden verschwiegen, daß in der gleichen Zeit seine Frau als Weinmachefrau bei einer Firma gegen einen Tagelohn von 1,80 RM. tätig war. Die Stadt Berlin ist durch den unberechtigten Unterstühtungsbezug um 450 RM. geschädigt worden. Der Angeklagte erklärte zu seiner Verteidigung, früher sei es bei den Unterstühtungsempfängern gang und gäbe gewesen, daß sie oder ihre Frauen solche gering bezahlten Arbeiten übernehmen. Das Bezirksamt würde sicherlich nichts dagegen einzuwenden gehabt haben, Demgegenüber betonte der Vorsitzende, daß der Unterstühtungsempfänger unter keinen Umständen die Anmeldung solcher Arbeiten unterlassen dürfe. Schwarzarbeit dieser Art sei strafrechtlich als Beitrag zum Schaden der Unterstühtungsbehörde zu werten. Nur mit Rücksicht auf die besonderen Familienverhältnisse wurden dem Angeklagten mildernde Umstände zugestanden, so daß er vor dem Zuchthaus bewahrt blieb und mit 10 Monaten Gefängnis davonkam.

Land, das nach dem Pflug ruft! Die Verküdelung Deutschlands durch den Versailler Vertrag zwingt das deutsche Volk, jede Möglichkeit einer Ausweitung des deutschen Lebensraumes auszunutzen. In diesem Zusammenhang verdienen die Möglichkeiten landwirtschaftlicher Leistungsförderung durch Bodenverbesserung und Bodengewinnung große Aufmerksamkeit. Dem Umfang nach stehen die entwässerungsbedürftigen Flächen mit 8,5 Millionen Hektar an erster Stelle. Nach erfolgter Meliorierung könnte ihr Ertrag von 20 Proz. im Gesamtdurchschnitt gesteigert werden. Die Bodenverbesserungen durch Bewässerung könnten in erster Linie zu einer Vermehrung der Dauerfruchtflächen beitragen und auf diese Weise eine Erhöhung der Viehhaltung und Milch-erzeugung ermöglichen. Nach Abzug des völlig ungeeigneten oder nur für Fortkulturen in Frage kommenden Teils der Moore und Südländereien verbleibt für Neulandgewinnung durch Kultivierung in Deutschland die immer noch recht beträchtliche Fläche von rund 2,5 Millionen Hektar. In den 19 Jahren seit Kriegsausbruch sind rund ein Viertelmillion Hektar Omland kultiviert worden. Bei Beibehaltung dieses Tempos würde man also mehr als 100 Jahre brauchen, um das gesamte Omland zu erschließen. Es bedarf einer besonderen Verhinderung, daß auch auf diesem Gebiet mit dem Sieg der nationalsozialistischen Revolution ein früherer Stand zu wehen begonnen hat, der das große Wert der Moore- und Omlandkultur verloren rasch vorwärts treiben wird. Eine Statistik über dieartigen Flächen, die regelmäßigen Überschwemmungen ausgesetzt sind, existiert nicht. Schätzungsweise sind hier eine Million Hektar Land zu sichern. Ingesamt dürfte es sich innerhalb der deutschen Reichsgrenzen um 16,5 Millionen Hektar Land handeln, die fast verberungsbedürftig sind oder überhaupt erst der landwirtschaftlichen Kultur erschlossen werden müssen. Was diese Zahl bedeutet, lehrt aus dem ersten Bild ein Vergleich mit der zur Zeit landwirtschaftlich genutzten Gesamtfläche, die etwa 29,4 Millionen Hektar beträgt. Es ist ein gewaltiges Werk, das hier zu leisten ist. Namentlich für den Arbeitsdienst ergeben sich hier große Arbeitsmöglichkeiten für viele Jahre.

Erweiterung der Gewährung von Ehestandsdarlehen. Zu der Gesetzgebung über die Gewährung von Ehestandsdarlehen ist eine weitere dritte Durchführungsvorordnung ergangen, die wiederum eine Erweiterung der Darlehensgewährung vorsieht. § 1 dieser Durchführungsvorordnung umreißt zunächst die bisherigen Erweiterungen der ersten und zweiten Durchführungsvorordnung vom 20. Juni und 26. Juli, in der bestimmt wird, daß Darlehen auch dann gewährt werden können, wenn die Ehe in der Zeit vom 1. Juni 1932 bis 2. Juni 1933 geschlossen worden ist und die Ehefrau in der Zeit zwischen dem 1. Juni 1928 bis 31. Mai 1933 mindestens 6 Monate lang in einem Arbeitnehmerverhältnis gestanden hat. Das Arbeitnehmerverhältnis der Ehefrau darf auch in der Beschäftigung in der Haushaltung, in dem Betrieb von Verbänden aufsteigender Linie bestanden haben. Aber in diesem Falle muß die Aufgabe dieses Arbeitnehmerverhältnisses die Einstellung einer fremden Arbeitskraft nach sich ziehen, denn der Zweck des Gesetzes über Förderung der Eheheilungen besteht ja vornehmlich in der Entlastung des Arbeitsmarktes. Diese erweiternden Voraussetzungen können natürlich nur dann Anwendung finden, wenn alle sonstigen Voraussetzungen gegeben sind, die in den früheren Gesetzen (vom 5. Juli 1933) und in den Ergänzungen dazu vom 22. August bezeichnet sind. Neuerdings kann aber der Reichsfinanzminister nach § 3 der oben ergangenen dritten Durchführungsvorordnung ausnahmsweise auch dann Ehestandsdarlehen gewähren, wenn nicht alle Voraussetzungen gegeben sind, die in dem Gesetze zur Verminderung der Arbeitslosigkeit und in den Durchführungsvorordnungen vorgebracht sind. Eine Bedingung ist aber an diese ausnahmsweise Darlehensgewährung geknüpft, daß der Zweck des Gesetzes zur Verminderung der Arbeitslosigkeit erreicht wird und daß Mittel für die Gewährung solcher Darlehen aus dem Aufkommen an Ehestandsdarlehen zur Verfügung stehen. Durch diese Verordnung hat also der Reichsfinanzminister die Möglichkeit erhalten, Ehestandsdarlehen in noch größerem Umfang zu gewähren als ursprünglich geplant war. Ziel ist dabei immer der Gesichtspunkt, daß recht viel weibliche Arbeitnehmer einer gewerblichen Beschäftigung entzogen werden und dem Familienleben zugeführt werden. Die Verordnung tritt rückwirkend am 3. Juni 1933, d. h. an dem für die Ehestandsdarlehen bestehenden Stichtag in Kraft.

60 Jahre Verbandsmitglied



Joseph Schmitt in Würzburg

Eingetreten: 1. September 1873 - Jetzt Invalide

50 Jahre Verbandsmitglied



Emil Schwarzburger in Berlin

Eingetreten: 2. September 1883 - Jetzt Invalide

